



Demonstrierten vor dem Empfang: Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Bürger gegen Giftmüll“ um Heinrich Bredemeier (vorn links), der Landesbischof Horst Hirschler (Mitte) und Abt Eduard Lohse (rechts) einen offenen Brief übergab.



Begrüßten den Ministerpräsidenten: Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock (vorne links) und Ministerpräsident Gerhard Schröder (Mitte).

Ministerpräsident setzt in Loccum auf den Mittels

Im Handwerk sieht Schröder Partner im Bündnis für Ausbildung / Plädoyer fürs „Modell Deutschland“ / Landesbischof gegen gespalte

Landkreis/Loccum (bon). Es entbehrt nicht eines gewissen Charmes: Ministerpräsident Gerhard Schröder bediente sich zur Warnung vor der Abkehr vom „Modell Deutschland“ gestern im evangelischen Zisterzienserkloster Loccum einer Parabel aus dem jüdischen Talmud. Beim Traditionsempfang der evangelisch-lutherischen Landeskirche verteidigte er mit Nachdruck die Teilhabe aller am erarbeiteten Wohlstand, aber auch an Entscheidungen. Gleichzeitig appellierte er an die vielen kleinen bis mittleren Unternehmen auch im Kreis Nienburg für ein Bündnis für Ausbildung, in das er Handwerks- und die Industrie- und Handelskammern einbeziehen will. Die Gesellschaft brauche nicht weniger, sondern mehr Konsens. Schröder machte sich stark dafür, zur Entla-

stung des Handwerks z.B. auf Prüfungsgebühren zu verzichten.

Generationsübergreifend müsse jeder die Chance erhalten, sich die Lebensgrundlage selbst zu erarbeiten. Es gebe wenig Sinn, über Aussteiger herzufallen, denen der Einstieg ins Leben erschwert werde. In diesem Zusammenhang würdigte er die Ausbildungsleistung der Betriebe bis zu 500 Beschäftigten weit vor der Industrie. Er baute auf Kooperation statt auf Zwang, wie die stärker von der Berufsschule zum Betrieb verlagerte Ausbildungspraxis belege. Das gelte es fortzusetzen. 1999 werde die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen dramatisch ansteigen.

Für die Studenten befürwortete Ministerpräsident Schröder ein Modell der Förderung bei zügigem Studienab-

schluß, das zudem Begabungsreserven ausschöpfe. Um Chancengleichheit zwischen den Generationen zu verwirklichen, müsse den Studenten die materielle Sicherheit zum Studium ohne Nebentätigkeiten gegeben werden, „unabhängig vom Geldbeutel der Eltern“. Darüber entwickelte Schröder ein Modell aus Grundförderung (450 Mark) und zinsfreien bis zinsgünstigen Darlehen für künftige Studenten.

Deutschland habe nach dem Krieg auf mehr denn je gültige Teilhabe gesetzt. Der Niedergang hochgelobter Wirtschaftsstandorte in Fernost (u.a. Japan) belege, daß es sich langfristig nicht auszahle, breite Schichten „zum Verzicht auf den gerechten Anteil am gemeinsam erarbeiteten Wohlstand regelrecht zu zwingen“. Bei Reformbedarf im Detail

zwinge dies dazu, die hierzulande gültigen Prinzipien der jüngsten 50 Jahre nicht über Bord zu werfen.

Für eine „Kultur der Mitmenschlichkeit“ sprach sich der hannoversche Landesbischof D. Horst Hirschler mit Bekenntnis zum System der sozialen Marktwirtschaft aus. Niemand dürfe sich mit einer gespaltenen Gesellschaft abfinden. Neben einem Armutsbericht forderte Hirschler einen Reichtumsbericht, für Soziales einen Sponsorenbericht. Er rief zu einem wachen Sinn für künftige Herausforderungen auf, zu einem tiefen Selbstbewußtsein auch, „das etwas weiß von der Kraftquelle, die der christliche Glaube ist“.

Hirschler prangerte gottähnliche Überschätzungen an, erwähnte aber auch Resignation vor unlösbar schei-

nenden Problemen Ökologie „gerad Münchenhagen“.

ten die Arbeitsgen Giftmüll mit der Bund für U und die Bürgercumer Bürger Gefahren aus de Bredemeier versterin Monika G Regierungschef unbehelligt durbatan die Protes präsentanten un zwischen Mini und den „Gift Hoffnungen au: im siebenjährig schuß hätten sic



Empfang: Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Bürger gegen Giftmüll“ um Heinrich Bredemeier (links), Landesbischof Horst Hirschler (Mitte) und Abt Eduard Lohse (rechts) einen offenen Brief übergab.



Begrüßten den Ministerpräsidenten: Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbröck (vorne links) und Landrat Werner Siemann (Mitte).
Fotos: Bernard

Schröder setzt in Loccum auf den Mittelstand

Schröder sieht Partner im Bündnis für Ausbildung / Plädoyer fürs „Modell Deutschland“ / Landesbischof gegen gesplante Gesellschaft.

(bon). Es entbehrt
harmes: Minister-
Schröder bediente
der Abkehr vom
gestern im evan-
erkloster Loccum
m jüdischen Tal-
m jüdischen Tal-
andeskirche ver-
ruck die Teilhabe
Wohlstand, aber
gen. Gleichzeitig
Vielen kleinen bis
en auch im Kreis
ndnis für Ausbil-
werks- und die In-
ammern einbezie-
taft brauche nicht
r Konsens. Schrö-
dafür, zur Entla-

stung des Handwerks z.B. auf Prüfungs-
gebühren zu verzichten.
Generationsübergreifend müsse jeder
die Chance erhalten, sich die Lebens-
grundlage selbst zu erarbeiten. Es gebe
wenig Sinn, über Aussteiger herzufal-
len, denen der Einstieg ins Leben er-
schwert werde. In diesem Zusammen-
hang würdigte er die Ausbildungslei-
stung der Betriebe bis zu 500 Beschäf-
tigten weit vor der Industrie. Er baute
auf Kooperation statt auf Zwang, wie
die stärker von der Berufsschule zum Be-
trieb verlagerte Ausbildungspraxis be-
lege. Das gelte es fortzusetzen. 1999 werde
die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen
dramatisch ansteigen.
Für die Studenten befürwortete Mini-
sterpräsident Schröder ein Modell der
Förderung bei zügigem Studienab-

schluß, das zudem Begabungsreserven
ausschöpfe. Um Chancengleichheit zwi-
schen den Generationen zu verwirkli-
chen, müsse den Studenten die materiel-
le Sicherheit zum Studium ohne Neben-
tätigkeiten gegeben werden, „unabhän-
gig vom Geldbeutel der Eltern“. Dar-
über entwickelte Schröder ein Modell
aus Grundförderung (450 Mark) und
zinsfreien bis zinsgünstigen Darlehen
für künftige Studenten.
Deutschland habe nach dem Krieg auf
mehr denn je gültige Teilhabe gesetzt.
Der Niedergang hochgelobter Wirt-
schaftsstandorte in Fernost (u.a. Japan)
belege, daß es sich langfristig nicht aus-
zahle, breite Schichten „zum Verzicht
auf den gerechten Anteil am gemeinsam
erarbeiteten Wohlstand regelrecht zu
zwingen“. Bei Reformbedarf im Detail

zwingt dies dazu, die hierzulande gülti-
gen Prinzipien der jüngsten 50 Jahre
nicht über Bord zu werfen.
Für eine „Kultur der Mitmenschlich-
keit“ sprach sich der hannoversche Lan-
desbischof D. Horst Hirschler mit Be-
kenntnis zum System der sozialen
Marktwirtschaft aus. Niemand dürfe
sich mit einer gesplante Gesellschaft
abfinden. Neben einem Armutsbericht
forderte Hirschler einen Reichtumsbe-
richt, für Soziales einen Sponsorenbe-
richt. Er rief zu einem wachen Sinn für
künftige Herausforderungen auf, zu ei-
nem tiefen Selbstbewußtsein auch, „das
etwas weiß von der Kraftquelle, die der
christliche Glaube ist“.
Hirschler prangerte gottähnliche
Überschätzungen an, erwähnte aber
auch Resignation vor unlösbar schei-

nenden Problemen von Umwelt und
Ökologie „gerade hier in der Nähe von
Münchehagen“. Vor dem Empfang hat-
ten die Arbeitsgemeinschaft Bürger ge-
gen Giftmüll mit Heinrich Bredemeier,
der Bund für Umwelt und Naturschutz
und die Bürgerinitiative Rehburg-Loc-
cumer Bürger gegen Giftmüll auf die
Gefahren aus der Deponie hingewiesen.
Bredemeier verwickelte Umweltmini-
sterin Monika Griefahn in ein Gespräch,
Regierungschef Schröder aber huschte
unbehelligt durch. In einem Flugblatt
baten die Protestgruppen kirchliche Re-
präsentanten um Gesprächsvermittlung
zwischen Ministerpräsident Schröder
und den „Giftmüll-Betroffenen“, denn
Hoffnungen auf Gefahrenminimierung
im siebenjährigen Münchehagen-Aus-
schuß hätten sich nicht erfüllt.